

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Zustellung durch die Post 2 RM 50 Pf., bei Vorbestellung 2 RM. Einjahrespreis: 24 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpfa., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Nachzahlungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpfa., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Nachzahlungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpfa., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Nachzahlungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 284. — 87 Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 6. Dezember 1928

Reichstagspause.

Wieder einmal hat sich der Deutsche Reichstag um Schwierigkeiten ganz außerordentlicher Art herummandriert, ehe er sich jetzt bis zum 11. Dezember vertagte. Er ist klappen ausgefallen, hat Untiefen vermieden, und wenn es hier und da auch einmal dazu kam, daß das Schiff recht bedenklich in den Fugen kratzte, so scheint man doch jetzt wieder freiere Fahrt auf die Weite des parlamentarischen Ozeans zu haben. Sehr bedenklich hat es ja ausgesehen, als der Reichstag nach den langen Sommer- und Herbstferien ein paar Tage eher zusammentrat, als dies beabsichtigt war, — doch sprach der Wirtschaftskampf im Westen ein allzu eindringliches Wort. Dort gab es Konflikte Stoff in Hülle und Fülle, da die Kämpfe schon gar nicht mehr juristisch, sondern rein machtpolitisch geworden waren. Man wird infolgedessen nicht gerade sagen können, daß die Lösung in der Form, wie sie schließlich doch gefunden wurde, nun gerade viel zu einer Versöhnung beitragen mag. Die Ursachen für den Konflikt bleiben ja doch, nämlich auf der einen Seite die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie und auf der anderen Seite das fortgesetzte und theoretisch wohlberechtigte Verlangen nach Lohnsteigerungen.

Standen also in dieser Tagung bei der Beratung die großen innen- und wirtschaftspolitischen Probleme fast im Vordergrund, so hat der Reichstag trotzdem auch — praktische Arbeit geleistet und sich nicht mit Debatten begnügt, bei denen ja doch die Anschauungen der einzelnen Parteien teilweise sehr erheblich auseinandergehen. Es war ein ausgiebiges Programm, das sich die letzte Plenarsitzung vorgenommen hatte, und 153 Anträge lagen zur Abstimmung vor. Sie alle bezogen sich auf die Notlage der Landwirtschaft. Sonderbarerweise wurde nochmals wiederholt und alle Parteien erklärten, daß Parteipolitik den landwirtschaftlichen Interessen nur schaden könne. Und alle Redner aller Parteien einschließlich des Reichsernährungsministers Dietrich sind in Übereinstimmung darin, der Landwirtschaft so sehr wie nur irgend möglich zu helfen, — schade nur, daß die Parteien sich über die Rezepte nicht einigen können, wenn auch in der Hauptsache die Abstimmungen zu Resultaten führten, die für eine baldige Schaffung der Großen Koalition nicht gerade sprechen; meist stimmten nämlich die Parteien der Rechten und der Mitte zusammen gegen die Linke. Ein Teil der Anträge beschäftigte sich mit der Weiterführung des landwirtschaftlichen Notprogramms; dann wieder wird die Erleichterung von der Belastung der Landwirtschaft durch die Rentenbankzinsen verlangt; andere Anträge beziehen sich auf die handelspolitische Entwicklung Deutschlands, die ja in immer verhängnisvollerer Weise die starke Abhängigkeit vom Ausland hinsichtlich der Nahrungsmittelrohstoffe zeigt; und auch engste damit hängen zusammen die sich ziemlich jedes Jahr wiederholenden Anträge der Siedlungsfragen. Besonders für mich war der Kampf bei einem kommunikativen Antrag, der den Forderungen des Deutschen Städtetages entsprechend, den Zoll auf Gefrierfleisch beseitigt wissen will. Dieser Antrag wird ebenso abgelehnt wie zwei weitere Anträge der Linken, die die Herabsetzung des zollfreien Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch auf das Dreifache verlangen. Bei der Frage der Getreidewirtschaft kam es im Hinblick auf die Vorgänge im Scheuer-Konzern gleichfalls zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, aber irgendwelche wesentlichen Beschlüsse wurden ebenso wenig gefaßt, wie sich auch gewisse Wünsche hinsichtlich der Herabsetzung von Zöllen vorläufig jedenfalls nicht verwirklichen lassen, solange nämlich die Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrages nicht vom Tische rückt. Bekanntlich ist für die Landwirtschaft bereits im früheren Reichstag eine Erhöhung der Einfuhrzölle beschlossen worden. Tatsache ist, daß die deutsche Landwirtschaft und Industrie eine derartige Zudermenge produziert, daß der Innenbedarf ebenso überdeckt ist, wie dies vor dem Kriege der Fall war. Damals war Deutschland für Zunder eines der wichtigsten Ausfuhrländer; geht die Entwicklung so weiter wie bisher, dann wird der Vorkriegszustand bald wieder erreicht sein.

Die landwirtschaftlichen Abstimmungen.

Vor der Vertagung des Reichstages bis zum 11. Dezember wurde nach Schluß der Debatte über die Notlage der Landwirtschaft der dritte Teil der etwa 150 Anträge den Aus-

Vor dem neuen Eisenschiedspruch

Severing über sein Schiedsamt.

Entscheidung wahrscheinlich Ende nächster Woche.

Nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet nahm Reichsinnenminister Severing Veranlassung, der Presse über die Aussichten für die Fällung eines neuen Schiedspruches ausführlich Mitteilung zu machen. Es sei die Hauptaufgabe, daß er sich mit einer gebundenen Paraphrase in das Ruhrgebiet begeben habe. Hier zu müsse erklärt werden, daß er den Auftrag nicht angenommen hätte, wenn nicht zwei Bedingungen erfüllt worden wären: erstens, wenn nicht beide Parteien seine Person anerkannt hätten, und zweitens, wenn ihm irgendwelche Bedingungen gestellt würden. Es sei ihm aber, was ausdrücklich festgesetzt werden müsse, keinerlei Bedingungen gestellt worden.

Die Arbeitgeber hätten allerdings den Wunsch geäußert, daß die Arbeitszeitfrage im Schiedspruch nicht berücksichtigt werden möge. Sie hätten weiter gewünscht, daß die Regelung sich auf einen möglichst langen Zeitraum erstrecken solle und daß drittens er sich zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe persönlich in das Ruhrgebiet begeben möge. Diese Wünsche seien ihm, dem Reichsinnenminister, vom Reichsanwalt mitgeteilt worden. Bedingungen seien dies nicht gewesen, er sei aber auch nicht in das Ruhrgebiet entsandt worden.

Durch seinen persönlichen Besuch im Ruhrgebiet habe er festgestellt, daß die Vereinigung der ganzen Frage keinen weiteren Aufschwung dulde. Auf beiden Seiten — davon habe er sich persönlich überzeugen können — herrschte das Bestreben, den Streit möglichst glatt beizulegen. Er sei von Arbeitgebern die bestmögliche Versicherung gegeben worden, daß die Abregelungen unter allen Umständen unterbleiben sollten. Er glaube, daß gegen Ende der Woche bereits 75 Prozent aller Betriebe wieder arbeiten würden. Am Montag und Dienstag hätten Besprechungen, keine Verhandlungen mit Generaldirektor Böglert und mit verschiedenen Führern der Metallarbeiterverbände in Dortmund, Essen und Duisburg stattgefunden. Er habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung alles tun werde, um den Frieden im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Verhandlungen über die materielle Seite der Angelegenheit sollten aber

zunächst nicht geführt werden.

Bevor er die Aufgabe übernommen habe, habe er weder mit Reichswirtschaftsminister Curtius noch mit Reichsarbeitsminister Wiffell sich über die materielle Frage unterhalten. Er sei infolgedessen bis vor zwei Tagen auch nicht über den Inhalt der in Düsseldorf bei Regierungspräsident Bergemann geführten Unterhaltungen im Bilde gewesen. Jetzt komme es darauf an, daß er sich nicht nur mit dem Schiedspruch des Schlichters Dr. Jötten vertraut mache, sondern auch die Vorschläge Dr. Bergemanns prüfe. Er wünsche vor allen Dingen, daß der Schiedspruch den Erwartungen der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer entspreche und daß der Spruch ferner eine dauerhafte Basis schaffe. Er werde zunächst gefordert vorgehen, d. h. zunächst mit den Gewerkschaften, dann mit der Gruppe Nordwest und dann mit beiden gemeinsam verhandeln. Alles, was in der Zwischenzeit verbreitet werde, müsse deshalb auf Kombinationen beruhen. Vor allen Dingen werde er alles persönlich machen; er habe keine Hilfsarbeiter und aus diesem Grunde sei die Discretion gesichert. Alsdann machte Severing noch einige persönliche Bemerkungen, nachdem er zunächst noch erklärt hatte, daß der Schiedspruch voranschreitend erst Ende der nächsten Woche zu erwarten sei. Er habe nicht die Absicht, den Reichsarbeitsminister Wiffell zu desavouieren. Das ergebe sich schon daraus, daß sich keiner so sehr für die Übernahme des Schiedsrichterspostens durch ihn, Severing, eingesetzt habe als Wiffell selbst. Er glaube kaum, daß er den Schiedspruch in der vorliegenden Form werde anerkennen können. Die Lohnunterschiede in der Hütten- und Bergbauindustrie seien in dem Schiedspruch Dr. Jötten's viel zu wenig berücksichtigt worden.

Es sei zuviel schematisiert worden. Der Reichsarbeitsminister sei gar nicht in der Lage gewesen, den Spruch selbst abzuändern. Er habe ihn entweder annehmen oder ablehnen müssen. — Zum Schluß bemerkte Severing, wenn man jetzt an Vorbereitungen anknüpfen könne, so sei dies im wesentlichen das Verdienst des Regierungspräsidenten Bergemann.

schaffen überlesen, darunter auch die Anträge, bei denen die Christlich-Nationale Bauernpartei sofortige namentliche Abstimmung beantragt hatte. Sofortige Annahme fanden ein Antrag des Zentrums, der die Reichsregierung ersucht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um baldmöglichst eine Erleichterung der Belastung der Landwirtschaft durch Rentenbankzinsen zu erwirken; weiter ein Antrag der Deutschen Volkspartei, bei der Einziehung der Reichsteuern auf die katastrophale Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen weitestgehend Rücksicht zu nehmen; ferner ein Zentrumsantrag auf Vorlegung einer Denkschrift, welche die Ursachen der ständig zunehmenden Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel untersuchen; weiter ein deutschnationaler Antrag auf Vorlegung eines Berichtes über die Gesundheitsverhältnisse der Landarbeiterinnen und über die Sänglingsverhältnisse in den Landarbeiterfamilien; ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Ergebnisse der Viehzählungen schneller als bisher zu veröffentlichen; ein weiterer Antrag der Deutschen Volkspartei über die einheitlichere Durchführung der Viehschendenbelämpfung; ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Frage des Anschlusses der Lohnbescherebetriebe und Dreifachgenossenschaften an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften; ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Hebung der Geflügelzucht besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; ein demokratischer Antrag, die Meliorationsarbeiten stärker als bisher zu fördern unter Berücksichtigung des gegenwärtig langwierigen Instandsetzungen.

Beim Antrag der Wirtschaftspartei auf andere Verteilung des Gefrierfleischkontingents wird namentlich abgelehnt über einen kommunikativen Änderungsantrag, das zollfreie Gefrierfleischkontingent auf 150 000 Tonnen zu erhöhen. Der Antrag wird mit 213 gegen 186 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein sozialdemokratischer Antrag, das Gefrierfleischkontingent in der früheren Höhe von 120 000 Tonnen zuzulassen. Schließlich wird entsprechend dem Änderungsantrag der Antrag der Wirtschaftspartei über die Neuverteilung des Kontingents gegen die Antragsteller, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und kleine Gruppen abgelehnt. Dann tritt die Vertagung bis zum 11. Dezember ein.

Miklas Bundespräsident von Oesterreich.

Die Oesterreichische Bundesversammlung trat Mittwoch nachmittag zur Neuwahl des Bundespräsidenten zusammen. Als Kandidaten waren in der Vorberagung getreten der bisherige Bundespräsident Dr. Kaïnig und der Präsident des Nationalrates Wilhelm Miklas, der von der kärntnerischen Bauernpartei, den Christlich-

sozialen, gestützt wird. Er soll auch besonders vom Bundeskanzler Seipel gefördert werden. Der erste Wahlgang blieb ohne Resultat.

Es wurden 211 Stimmzettel abgegeben, wovon einer unbeschrieben war, so daß im ganzen 210 gültige Stimmen vorlagen. Auf den Präsidenten des Nationalrates, Wilhelm Miklas, entfielen 94 Stimmen, auf den Abg. Dr. Karl Renner (Soz.) 91 Stimmen, auf den Polizeipräsidenten Johann Schöber 25 Stimmen. Da somit keiner der drei Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, blieb der Wahlgang ergebnislos. Auf Antrag des Abg. Frank (Christl.-Nat.) wird die Sitzung bis zum Abend vertagt.

Wien, 5. Dezember. Nachdem der erste und zweite Wahlgang der Bundesversammlung, die sich mit der Wahl des neuen Bundespräsidenten beschäftigte, ergebnislos verlauten war, wurden in der um 19 Uhr vorgenommenen dritten Wahl von den Sozialdemokraten leere Stimmzettel abgegeben. Der Präsident des Nationalrates, Miklas, erhielt 94 Stimmen und Polizeipräsident Schöber 26. Da nach der bisherigen Gepflogenheit bei der Wahl des Bundespräsidenten leere Stimmzettel ungültig sind, war die Summe der abgegebenen gültigen Stimmen 120. Die absolute Mehrheit betrug somit 61 Stimmen. Der bisherige Präsident des Nationalrates, Miklas, ist damit mit 94 Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt.

Der neue Bundespräsident

Wien, 5. Dezember. Der neue österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas wurde am 15. Oktober 1872 zu Krems an der Donau geboren, steht also im 57. Lebensjahre. Miklas schlug nach Abolvierung der Unversität die Lehrtätigkeit ein und war an einer Reihe mittlerer und höherer Oesterreich. Schulen Schulleiter, zuletzt des Gymnasiums in Horn in Niederösterreich. Als Renner der Schulfragen und der Kulturangelegenheiten wurde er 1907 in den österreichischen Reichsrat berufen, dem er von 1907—1918 angehörte. Von 1918—1920 war er Mitglied der verfassungsmäßigen Nationalversammlung der Republik Oesterreich. 1919 bis 1920 Staatssekretär für Kulturangelegenheiten. Dem österreichischen Nationalrat gehörte er seit 1920 ununterbrochen an. Seit 1923 ist er Präsident des österreichischen Nationalrates. Er gehört dem Vorstand der christlich-sozialen Vereinigung im österreichischen Nationalrat an. Seit 1900 ist er mit Leopoldine Feibinger verheiratet. Er ist Vater von elf Kindern. Miklas ist einer der ältesten Parlamentarier Oesterreichs. Seine Amtsführung als Präsident des österreichischen Nationalrates hat allgemeine Anerkennung gefunden.